

Resolution des LSAP-Landeskongress 2001
(einstimmig angenommen am 18.3.2001 in Petingen)

Eng gerecht, offen a sächer Gesellschaft.

Auf dem Landeskongress vom 30. Januar 2000 bekräftigte die LSAP in Rümelingen ihren Willen, auf der Basis von traditionell gewachsenen, sozialistischen Grundwerten eine **Neuordnung der politischen Prioritäten** herbeizuführen.

Unser Ziel bleibt, das hat der Rümelinger Kongress klar zum Ausdruck gebracht, die Gesellschaft **sozialer und menschlicher** zu gestalten. Deshalb verteidigt die LSAP den Sozialstaat weiterhin als modernste und gerechteste Form menschlichen Zusammenlebens. Deshalb steht die LSAP gleichfalls für einen demokratischen Rechtsstaat ein, der eine menschlichere und tolerantere Gesellschaft ermöglicht.

Die CSV/DP-Koalition : verwirrtes politisches Denken und Handeln

In krassem Gegensatz zu dem humanen und sozialen Politikverständnis der LSAP steht die aktuelle CSV/DP-Regierungspolitik für :

- **Fehlende Visionen** machen sich schmerzlich bemerkbar, sowohl in der Dezentralisierungs- und Mobilitätspolitik (insbesondere beim BTB-Projekt), als auch bei den wichtigen Politikbereichen „Bildungsoffensive“ sowie Modernisierung des öffentlichen Dienstes oder in der Frage der Arbeitszeitorganisation ;
- **Sozial ungerechte Entscheidungen** wurden im Kleinen (Erhöhung der Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Transports) wie im Grossen (Krankenkassenleistungen und -beteiligungen, Steuersenkungen ohne soziale Begleitmassnahmen) getroffen ;
- **Gravierende Fehlentwicklungen** sind bei der Neuauslegung des Spitalplans und in punkto innere Sicherheit zu vermerken ;
- **Nur Widersprüchliches** lässt die rechtsliberale Koalition im Rentendossier, bei den Baulandpreisen, zur Gewerbesteuer und zur Einwohnerentwicklung verlauten ;
- **Längst vergessen geglaubtes obrigkeitsstaatliches Denken** haben die kaltherzigen Flüchtlingsausweisungen und der Spitzelskandal in der sogenannten Telefon-Affäre zutage gefördert ;
- In meistens **abstrakten E- und nEw-Lëtzebuerg-Bekundungen** scheinen sich momentan die wichtigsten politischen Aussagen von CSV und DP zu erschöpfen.

Anhand dieser Beispiele ist unschwer zu erkennen, dass in den letzten 20 Monaten ein eindeutiger **Bruch mit der vorherigen Regierungspolitik** herbeigeführt wurde. Die während des Wahlkampfes gebetsmühlenartig wiederholten Forderungen nach mehr Transparenz und Dialog haben sich in ihr Gegenteil verkehrt, inhaltlich und personell ist zwischen den Koalitionspartnern mehr Zwie- denn Eintracht zu verzeichnen und angesichts mangelnder oder schlichtweg falscher Ideen macht sich in der Gesellschaft **Enttäuschung** breit.

« Nachhaltig », so kommt man nicht umhin festzustellen, ist bei dieser Koalition jedenfalls nur eines : die Tatsache, dass unser Land mehr schlecht als recht regiert wird.

Die LSAP als fortschrittliche Alternative zur rechtsliberalen CSV/DP-Regierung

Nach fünfzehnjähriger Regierungsbeteiligung -nach fünfzehn guten Jahren für Luxemburg- sieht sich die LSAP angesichts den Versuchen der rechtsliberalen CSV/DP-Regierung, sozialen und gesellschaftlichen Still- respektive Rückstand zu betreiben, vor einer großen Herausforderung. Die LSAP hat in ihrer langen Geschichte die soziale, wirtschaftliche und politische Gestaltung unseres Landes positiv beeinflusst. Diese Tradition ist gleichzeitig Auftrag für die Zukunft. Die positive Trendwende, die nach den 99er Gemeindewahlen herbeigeführt wurde, sorgte für einen spürbaren Aufwind in den eigenen Reihen. Die LSAP nimmt, auch und gerade als Oppositionspartei, die ihr zugeordnete Rolle als **fortschrittliche, linke Partei in der politischen Auseinandersetzung** mit viel Elan wahr.

- Die LSAP ist **kritisch gegenüber der Regierung**, wenn sie dies im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts für angebracht hält : Gegen die Aushöhlung des Rechtsstaats und der Bürgerrechte, gegen eine Zwei-Klassen-Medizin, gegen die Beschneidung der Gemeindefinanzen, gegen sinnlose Konzepte zur Bekämpfung des sich anbahnenden Verkehrskollapses.
- Die LSAP begnügt sich aber nicht mit bloßer Kritik, sie wirkt auch **konstruktiv als Ideengeber** : Die rezenten Vorschläge zur Rentenverbesserung, für eine Steuerreform im Interesse der Durchschnittsverdiener, für ein voluntaristisches Heraufsetzen des Mindestlohnes und des Kindergeldes, für die Arbeitszeitverkürzung und eine sechste Urlaubswoche, für eine Ombudsperson, für eine gewollte Integration und Regularisierung unserer ausländischen Mitmenschen, untermauern den Anspruch der LSAP, im sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich die führende politische Kraft darzustellen.
- Die LSAP betätigt sich schliesslich **innovativ als Zukunftsgestalter** : Gemäß dem Auftrag des Rümelinger Landeskongresses ist eine Arbeitsgruppe der Parteileitung dabei, die Hauptakzente unserer Grundsatzklärung « E neie Wee fir d'Zukunft » von 1992 sowie unseres Wahlprogramms « Eise Kontrakt mat Lëtzebuerg » von 1999 zu überarbeiten, um diese in eine neue Grundsatzklärung einfließen zu lassen.

Appell an die Regierung für einen gerechten, offenen und sicheren Staat

Die Vorstellungen und Ideen der LSAP für einen gerechten und modernen Staat dienen dem gesellschaftlichen Fortschritt nur, wenn sie auch tatsächlich verwirklicht werden. Deshalb fordert die LSAP die Regierung auf, kurzfristig folgende Maßnahmen zu ergreifen :

Eine gerechte Gesellschaft

- Die Steuergerechtigkeit soll durch die Verwirklichung der LSAP-Vorschläge wieder hergestellt werden. Die anlässlich der Budgetdebatten vorgestellte **Einkommenssteuerreform** der LSAP entlastet die Durchschnittseinkommen, welche momentan verhältnismässig viele Steuern zahlen (Phänomen des sogenannten Mittelstandsbuckels). Parallel hierzu werden sämtliche Mindestlohnempfänger von der Einkommenssteuer befreit.
- Soziale Gerechtigkeit, auch aber nicht nur als Begleitmassnahme zum Steuersenkungspaket, muss sich unter anderem in einer spürbaren **Erhöhung des Mindestlohnes, des RMG und des Kindergeldes** niederschlagen. Die stufenweise

Erhöhung des Kindergeldes bei gleichzeitigem Abbau des Steuerfreibetrages für Kinder bleibt ein Ziel der sozialgerechten Umverteilung.

- Die von verschiedenen Patronatsorganisationen regelmässig geforderte Abschaffung der automatischen Lohnindexierung kommt für die Sozialisten nicht in Frage. Der Slogan „**d’Fangeren ewech vum Index**“ behält seine Aktualität.
- Die LSAP fordert desweiteren **Gerechtigkeit im Wohnungsbereich** durch eine konsequentere Bekämpfung der Steuerhinterziehung im allgemeinen und bei Immobiliengeschäften im besonderen und der Baulandspekulation sowie eine Verbesserung der staatlichen Beihilfen. Die nationale Wohnungsbaugesellschaft muss ihre Programme stärker auf die Bedürfnisse einkommensschwacher Familien ausrichten.
- Eine gerechte, den Interessen der Patienten dienliche **Spitalplanifizierung** kann nicht stattfinden, wenn der geplante Bettenabbau Wirklichkeit wird. Die LSAP fordert die Regierung auf ihre Abbaupläne im Spitalwesen sofort zurückzuziehen.
- Im **Krankenkassenwesen** muss es zu einer gerechteren Lastenverteilung kommen. Die Vorgehensweise der Regierung, scheinbarweise die Krankenkassenbeiträge und Eigenbeteiligungen der Patienten zu erhöhen und gleichzeitig wichtige Leistungen zu begrenzen, führt unweigerlich zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Angesichts der hervorragenden Finanzlage des Staates ist dies eine beschämende Situation. Leistungsbegrenzungen für Schwerkranke sollten integral aufgehoben werden. Die LSAP lehnt jedwede Privatisierungs- und Liberalisierungsbestrebungen im Krankenkassenwesen entschieden ab.
- An den Früchten des wirtschaftlichen Wachstums muss jeder gerecht teilhaben können. Während Betriebe Rekordgewinne verzeichnen, müssen die Arbeitnehmer noch immer mit den Krümeln des von ihnen erbrachten Mehrwerts Vorlieb nehmen. Der Gesetzesvorschlag der LSAP über die **Verkürzung der Arbeitszeit** und die Einführung der **sechsten Urlaubswoche** stellt einen weiteren unabdingbaren Schritt in Richtung mehr Lebens- und Arbeitsqualität dar. Deshalb sollte dieser Gesetzesvorschlag schnellstmöglich verabschiedet werden.
- Rentengerechtigkeit kann ohne eine **Verbesserung der Rentenleistungen im Privatsektor** nie verwirklicht werden. Der Vorschlag der LSAP, über den Weg einer Jahreszulage Rentengerechtigkeit herzustellen, garantiert die mittel- und langfristige Finanzierbarkeit des Rentenwesens und gehört als konkreter Vorschlag auf die Tagesordnung des Rententisches .
- Die **Dezentralisierung** muss im Kader einer wirklich nachhaltigen Politik, zusammen mit den Gemeinden als gleichberechtigte Partner, umgesetzt werden. Es geht darum eine gerechte, regionale Aufteilung aller kulturellen, sportlichen, schulischen, medizinischen und anderen Infrastrukturen zu gewährleisten.
- Die LSAP ist und bleibt **gegen die Abschaffung der kommunalen Gewerbesteuer**. Die aktuellen Finanzkapazitäten der Gemeinden müssen integral erhalten und ausgebaut und die Gemeindeautonomie verteidigt werden. Die Regierung wäre gut beraten ihren Blindflug in diesem Dossier zu beenden. Außerdem müssen sich die Gemeindefinanzen parallel zu den Staatseinnahmen entwickeln.

Eine offene Gesellschaft

- Die LSAP will keinen autoritären Staat, sondern eine lebendige Bürgergesellschaft. Deshalb muss der Gesetzesvorschlag der LSAP zur Einrichtung einer **Ombudsperson**, welche bei strittigen Fragen zwischen dem Bürger und der Verwaltung vermitteln kann, Gehör im Parlament finden. Die LSAP wird sich für eine gesetzliche Regelung des Referendums auf nationaler Ebene einsetzen. Wir brauchen ein Gesetz welches der Bürgerbeteiligung eine echte Chance gibt und keine Alibibestimmungen, so wie sie jetzt in der Regierungserklärung vorgesehen sind.
- Im Mittelpunkt der Reform- und Modernisierungsbestrebungen des Staates muss der **Dienst am Bürger stehen**. Ein neutraler und effizienter öffentlicher Dienst ist aber nur über ein ausgeglichenes öffentlich-rechtliches Statut für die Bediensteten zu gewährleisten. Angriffe auf das Statut der Beamten und die schleichende Privatisierung müssen bekämpft werden. Die Erfüllung der Aufgaben des öffentlichen Dienstes und der Erhalt von humanen Arbeitsbedingungen dürfen nicht gefährdet werden.
- Das **Recht auf Privatheit und Datenschutz** ist zu bekräftigen und gesetzlich besser abzusichern. Die im Rahmen der sogenannten Telefonaffäre zutage getretenen staatlichen Spitzelaktivitäten untermauern die Notwendigkeit einer raschen Reform der diesbezüglichen Gesetzgebung. Eine **bürgernahe und moderne Justiz** spielt in einem demokratischen Gemeinwesen eine wichtige Rolle. Ihr müssen die notwendigen finanziellen, infrastrukturellen, organisatorischen und personellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie sich in aller Unabhängigkeit auf wesentliche Fälle sowie deren schnelle und wirkungsvolle Aufklärung konzentrieren kann.
- Sei es in der Ausländerpolitik, im Rahmen der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, beim Recht auf Selbstbestimmung am Lebensende oder in der Drogenpolitik: die Regierung steht still oder schreitet zurück. Eine **offene Gesellschaft** muss **Toleranz und Menschenwürde** allerdings groß schreiben. Die LSAP fordert deshalb eine menschenwürdigere Asylpolitik. Für sanfte Drogen müssen die gleichen Bestimmungen im Rahmen des Jugendschutzgesetzes gelten wie für Tabak und Alkohol. Das Recht auf einen Lebensgemeinschaftsvertrag darf gleichgeschlechtlichen Partnern nicht länger verwehrt bleiben und im Falle einer unheilbaren Erkrankung muss der Patient im Endstadium endlich Sterbehilfe verlangen können.
- Zu einer offenen Gesellschaft gehört eine **gut funktionierende öffentliche Schule**. Die groß angekündigte Bildungsoffensive muss endlich in Gang gesetzt werden. Eine besondere Aufmerksamkeit muss modernen Lernzielen, Lerninhalten und Lernmethoden zukommen. Anstatt sich auf Nebenschauplätze und Rhetorik zu beschränken, muss eine gesellschaftliche Diskussion über die anzustrebenden Lernziele geführt werden. Die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen müssen mutig in die Tat umgesetzt werden.
- Prinzipiell spricht sich die LSAP für einen konsequenten Ausbau der öffentlichen Schule aus, der in letzter Konsequenz private Schulen ganz überflüssig machen wird, die die selben Aufgaben wie die öffentlichen Schulen wahrnehmen.

Die LSAP spricht sich nach wie vor gegen die von der CSV-DP-Koalition im Jahre 1983 beschlossene Gesetzgebung zur Finanzierung der katholischen Privatschulen aus. Ebenso wird sie sich der im CSV-DP-Koalitionsprogramm von 1999 ausgesprochenen Absicht, die Investitionen der Privatschulen mitzufinanzieren, widersetzen.

Ein sicherer Staat

- Die Situation auf unseren Strassen verschärft sich zusehends. Insbesondere im Einzugsbereich unserer Hauptstadt ist, bedingt durch das stark erhöhte Fahrzeugaufkommen, **Verkehrssicherheit** nicht mehr gegeben. Das Verkehrsproblem erfordert vernetzte, integrierte Lösungsansätze anstatt Flickschusterei wie die kürzlich vorgestellte « 0+ Variante ». Deshalb fordert die LSAP die **Verwirklichung des BTB-Konzepts**. Die Realisierung dieses Projekts wäre, neben einer Verbesserung der Lebensqualität der im Zentrum lebenden Menschen, ein erster konkreter Schritt in Richtung einer nachhaltigen Politik. Außerdem stellt dieses Projekt in der Verkehrspolitik die einzig vorliegende Alternative dar, welche der Bevölkerungs- und Pendlerzunahme gerecht werden kann. Parallel hierzu gehört das öffentliche Transportangebot auf breiter Ebene ausgebaut.
- Die Sozialisten werden sich einem Ausbau des Findels, was den Personentransport angeht nicht widersetzen. Aus Gründen der offensichtlichen Überbelastung unseres nationalen Flughafens und der damit verbundenen immer größer werdenden Lärmbelästigung und einer stetigen, allgemeinen Senkung der Lebensqualität der Menschen nicht nur in den Findel-Randgemeinden, wenden wir uns jedoch energisch gegen einen Ausbau der Cargo-Kapazitäten auf Findel. Für diesen Bereich sollten endlich überregionale Synergienmöglichkeiten genutzt werden.
- Das unter massgeblichen Einfluss der Sozialisten geschaffene Modell Luxemburg ist Garant der sozialen Stabilität unseres Landes. Dieses Modell behält auch in Zeiten von Betriebsfusionen und –zusammenlegungen eine große Bedeutung. Die geplante Fusion der ARBED mit USINOR und ACERALIA, bietet einerseits wirtschaftliche Chancen, insbesondere für den Standort Luxemburg, wirft aber andererseits neue Fragen betreffend die gewerkschaftliche Mitbestimmung, die Arbeitsplatz-, Lohn- und Investitionsgarantien auf. Deshalb fordern die Sozialisten die sofortige Einberufung der Stahltripartite.
- Die LSAP hat sich während ihrer Regierungsbeteiligung für eine effiziente Sicherheitspolitik eingesetzt. Von 1994 bis 1998 wurden in Gendarmerie und Polizei insgesamt mehr als 150 zusätzliche Posten geschaffen. Die von einem sozialistischen Minister durchgesetzte Reform der Polizeistrukturen schafft die wesentlichen Vorbedingungen für eine wirksame, vorbeugende und repressive **Sicherheitspolitik** vor Ort. Um den allgemeinen Kriminalitätszuwachs dauerhaft zu bremsen, darf die CSV/DP-Regierung sich allerdings nicht auf den Lorbeeren der LSAP ausruhen. Weitere Anstrengungen müssen unternommen werden, auch finanzielle. Anstatt durch den Ankauf von Transportflugzeugen und –schiffen eine **unsinnige Aufrüstung unserer Armee** zu betreiben, sollte diese Steuergelder für den **Schutz des Bürgers** eingesetzt werden.
- Kurzfristig müssen weitere Maßnahmen im Bereich des Verbraucherschutzes als konkrete Antwort auf die periodisch auftretenden Skandale im Lebensmittelsektor, wie Genproblematik, Schweinepest, Salmonellen- oder Dioxinvergiftungen oder die rezenten BSE- und Maul- und Klauenseuchekrisen getroffen werden. Hierzu gehört eine verstärkte staatliche Bezuschussung von artgerechter Tierhaltung und extensiver Landwirtschaft aber auch, im Interesse einer effizienteren Kontrolle, eine Zusammenlegung aller staatlicher Dienststellen, welche sich momentan in den unterschiedlichsten Ministerien um den **Verbraucherschutz** bemühen. Diese sollte in Zukunft unabhängig arbeiten können.